

Wir kämpfen gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlechtsidentitäten und sexueller Orientierung

Gleichstellung ist wesentlich für eine moderne Demokratie. Wir wollen eine Gesellschaft, in der niemand wegen des Geschlechts oder der sexuellen Orientierung benachteiligt wird. Die Menschen in Schleswig-Holstein sollen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können, unabhängig von traditionellen Rollenbildern von Männern und Frauen. Familienkonstellationen, Geschlechtsidentitäten und Lebensentwürfe sind vielfältig in unserem Land und wir möchten dieser Vielfalt mit unserer Politik Rechnung tragen.

Wir kämpfen weiterhin für die Gleichstellung von Frauen

Wir nehmen als Partei bei all unseren Entscheidungen die unterschiedlichen Auswirkungen auf Männer und Frauen in den Blick und gleichen bestehende Nachteile aus.

Wir brauchen eine Gleichstellungsstrategie Schleswig-Holstein. Diese benennt Ziele und Maßnahmen, die durch die Landesregierung und ihre Behörden umgesetzt werden. So sollen beispielsweise die Ministerien gezielt Maßnahmen zum Abbau des Gender Pay Gaps ergreifen und gleichzeitig eine Strategie zur Aufwertung von sozialen Berufen und Pflegeberufen vorlegen, in denen überwiegend Frauen tätig sind. Für uns gilt weiterhin der rote Faden „Gleicher Lohn für gleiche oder gleichwertige Arbeit“.

Der Landeshaushalt darf nicht „geschlechterblind“ sein. Finanzielle Ressourcen müssen den Geschlechtern gleichermaßen zugutekommen. Dies gilt für sämtliche Ressorts und Politikbereiche.

Der Gender Pay Gap beschreibt die durchschnittliche Differenz des Bruttostundenverdienstes von Frauen und Männern im Verhältnis. Dieser betrug für das Jahr 2020 nach wie vor 18%. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich der Gender Pay Gap schließt. Als Land werden wir daher das Programm „Frau und Beruf“ evaluieren und weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir die Studien- und Berufsberatung für junge Frauen stärken. Auch die Stärkung des Girls Day sowie MINT-Initiativen können einen Beitrag dazu leisten.

Wir wollen die Gleichstellungsbeauftragten auf Landesebene und in den Kommunen durch die Festlegung von Qualitätsstandards in Bezug auf personelle und sachliche Ausstattung, Eingruppierung und gegebenenfalls Freistellung unterstützen. Ab einer Einwohnerzahl von 10.000 oder einem vergleichbaren Aufgabengebiet müssen Gleichstellungsbeauftragte grundsätzlich hauptamtlich, in Vollzeit und mit einer adäquaten Ausstattung angestellt werden, einschließlich vollgültiger Vertretungsregelung.

Leider ist häusliche Gewalt in unserer Gesellschaft immer noch trauriger Alltag. Die Bedarfsanalyse, die wir im Landtag auf den Weg gebracht haben, zeigt, dass wir gute Hilfestrukturen in Schleswig-Holstein haben – allerdings nicht überall, nicht in ausreichender Zahl und ohne ausreichende finanzielle Unterstützung. Aus diesem Grund werden wir ein landesweites Programm gegen häusliche und sexualisierte Gewalt aufsetzen, das u.a. Gewaltschutzkonzepte in allen Bereichen fordert und fördert. Bei all unseren Maßnahmen gegen strukturelle Gewalt gegen Frauen lassen wir uns von der Istanbul-Konvention leiten.

Dieses landesweite Programm wird barrierefrei gestaltet. Wir werden auch Leuchtturmprojekte zu Gewaltprävention und -schutz im ländlichen Raum fördern und ausweiten.

Wenn Eltern körperlich oder verbal attackiert werden, kann es Kinder ebenso traumatisieren, wie selbst erlittene Gewalt. Wir werden daher auch Unterstützungsangebote für Kinder als Zeug*innen häuslicher Gewalt stärken.

Das Internet ist für niemanden mehr Neuland. Trotzdem fehlen in Schleswig-Holstein wirksame Instrumente und Angebote für Betroffene. Statistisch erfahren überproportional häufig Frauen und weiblich gelesene Personen Gewalt im Internet. Darum wird in Schleswig-Holstein eine koordinierende Frauenberatungsstelle gegen digitale Gewalt eingerichtet. Diese wird die vorhandenen Frauenberatungsstellen in diesem Themenkomplex unterstützen. Frauen, die von digitaler Gewalt betroffen sind, haben somit Ansprechpartnerinnen in jedem Kreis und in jeder kreisfreien Stadt.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird die Hochschulen, Universitäten, Berufsschulen und weiterführenden Schulen dabei unterstützen, kostenlose Hygieneartikel in Sanitäranlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Maßnahmen zu deren Eindämmung auf die Lebensverhältnisse von Frauen und die Gleichstellung der Geschlechter in Schleswig-Holstein müssen umfassend aufgearbeitet werden. Denn besonders Frauen haben während der Pandemie aufgrund vorübergehend geschlossener Schulen und KiTas Betreuung zu Hause übernommen und dadurch berufliche Nachteile erfahren. Etwaige spezifische Benachteiligungen, z. B. auf dem Arbeitsmarkt und in der Altersvorsorge, sind zu benennen und auszugleichen. Insoweit Frauen infolge der Pandemiesituation vermehrt von häuslicher Gewalt betroffen waren und sind, müssen Beratungs- und Hilfsangebote entsprechend aufgestockt und den Betroffenen bekannt und zugänglich gemacht werden.

In einer SPD-geführten Landesregierung wird das Kabinett selbstverständlich paritätisch besetzt sein.

Kein Parlament in Deutschland ist quotiert. Diesen Zustand müssen wir ändern. Daher werden wir uns für eine Grundgesetzänderung einsetzen, um somit ein Paritätsgesetz zu ermöglichen. So stärken wir die Gleichstellung von Frauen und Männern. Wir unterstützen Aktivitäten und verpflichten uns selbst zum Abbau von strukturellen Hindernissen und anderen Faktoren für eine gleichwertige Teilhabe von Frauen in politischen Ämtern und Mandaten auf allen Ebenen.

Wir stellen die Arbeit von Frauenhäusern und Beratungsstellen sicher

Wir treten jeglicher Gewalt gegenüber Frauen entschlossen entgegen und uns dabei von der Istanbul-Konvention leiten lassen. Deswegen werden wir das Angebot für hilfebedürftige Frauen und deren Kinder flächendeckend und bedarfsgerecht ausgestalten sowie auskömmlich finanzieren. Ein zentrales Problem ist, dass die Kapazitäten in den Frauenhäusern zu gering sind. Daher werden wir Wohnungen der öffentlichen Hand zur Verfügung stellen, damit es den Frauen ermöglicht wird, sich schnell einen neuen Lebensmittelpunkt zu schaffen.

Bei der Unterstützung von Frauenhäusern sind uns folgende Punkte wichtig:

- Die realen Miet- und Betriebskosten der Frauenhäuser sind vollumfänglich zu übernehmen.
- Die Anzahl der Frauenhausplätze soll gemäß den Empfehlungen der Bedarfsanalyse ausgebaut werden.
- Bei den Frauenberatungsstellen sollen Mindestkapazitäten pro Einwohnerzahl vereinbart werden.
- Die Kosten für die Beförderung zu den Frauenhäusern werden vom Land übernommen werden, um eine Erreichbarkeit auch in den ländlichen Regionen zu ermöglichen.
- Der Betreuungsschlüssel in den Frauenhäusern wird von 1:6 auf 1:4 gesenkt. Nur so können die Mitarbeiterinnen die komplexer werdenden Anforderungen auch erfüllen und Frauen mit Gewalterfahrungen bestens unterstützen.

Darüber hinaus werden wir uns mit den Kommunen über die Zuständigkeiten für die Finanzierung des ambulanten Hilfesystems verständigen. Außerdem sollten Frauenhäuser barrierefreie Einrichtungen sein. Dabei ist es unerlässlich, dass in allen Kreisen und kreisfreien Städten Schleswig-Holsteins Frauenhäuser zu finden sind.

Auch müssen Beratungsstellen für viele andere wichtige Bereiche so gestärkt werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Zu diesen gehören die Fachberatung für geflüchtete Mädchen und Frauen, Beratungsstellen für wohnungslose Frauen, die aufsuchende Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen oder auch die Männerberatungsstellen in Schleswig-Holstein.

Menschenhandel findet tagtäglich in verschiedenen Bereichen, wie z. B. Zwangsprostitution, Pflege, Gastronomie, Haushalt oder Bau statt, wobei häufig Frauen betroffen sind. Wir werden zusammen mit den relevanten Akteur*innen einen Aktionsplan gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution aufsetzen, um diesen entgegen zu wirken.

Geflüchtete Frauen benötigen spezielle Unterstützung

Erfahrungen zeigen, dass Frauen nach der Flucht besondere Unterstützungsangebote benötigen. Dazu gehören beispielsweise Zugangsmöglichkeiten zu Informationen über eigene Rechte. Gleichzeitig beobachten wir, dass sich viele Selbsthilfeorganisationen gegründet haben, die sich geflüchteter Frauen annehmen. Diese wichtige Arbeit wollen wir unterstützen. Ein Weg wäre, Informationen über landesweite Hilfs- und Unterstützungssysteme für gewaltbetroffene geflüchtete Frauen auf einer Website zu bündeln und schnell sowie barrierefrei auffindbar zu machen.

Auch werden wir die Arbeit von mobilen psychosozialen Sprechstunden für besonders belastete gewaltbetroffene geflüchtete Frauen in Unterkünften stärken. Wir sorgen für eine bessere Ausstattung und Sensibilisierung der zuständigen Behörden, wenn es um geschlechtsspezifische Belange geht.

Wir entwickeln Maßnahmen gegen die Diskriminierungen der geschlechtlichen Identität und sexuellen Orientierung weiter

Wir machen uns für die Vielfalt und Akzeptanz unterschiedlicher sexueller und geschlechtlicher Identitäten stark. Für uns ist Familie überall dort, wo Menschen dauerhaft Verantwortung füreinander übernehmen. Heute gibt es viele Formen von Familie. Wir setzen uns für gleiche Rechte von gleichgeschlechtlichen Partner*innen in der Ehe ein, insbesondere bei Adoptionen.

Diese Lebenswirklichkeit sollte sich auch in Veröffentlichungen der Landesregierung, Druckschriften des Landtages, der politischen Bildung sowie in Unterrichtsmaterialien widerspiegeln. Auch werden wir die geschlechtersensible Aus- und Fortbildung des Lehr- und Erziehungspersonals anbieten.

Wir setzen auf eine inklusive Sprache, die alle gleichermaßen anspricht. Das ist auch unser Anspruch an die Kommunikation staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen. Für eine inklusive Sprache gibt es viele Möglichkeiten. Es gibt Formen, die Männer und Frauen benennen – wie das Binnen-I und Beidnennung – und solche, die alle Geschlechtsidentitäten ansprechen. Darüber wollen wir für den persönlichen Gebrauch keine Vorschriften machen. Aber wir als SPD stehen für den respektvollen Umgang mit Menschen aller Geschlechtsidentitäten ein – auch in der Sprache. In jedem Fall sind „Gender-Verbote“ aus unserer Sicht realitätsfern. Sprachwandel findet permanent statt. Er sollte weder von oben diktiert noch verboten werden.

Aufklärungs- und Unterstützungsprojekte in den Bereichen queerer Identitäten wollen wir stärken. Dafür wollen wir gemeinsam mit Interessenvertreter*innen den Landesaktionsplan gegen Trans- und Homofeindlichkeit fortführen und erweitern, um Cis- und Heterosexismus zu bekämpfen. Wir wollen die Geschäftsstelle „Echte Vielfalt“ als landesweite Ansprech- und Netzwerkstelle stärken, um die Anliegen der Community noch breiter aufgestellt zu vertreten. In der Landesverwaltung schaffen wir eine zentrale Zuständigkeit für LSBTIQ*-Themen. Wir wollen, dass queere Menschen im Recht gleichbehandelt werden. Wir werden Anliegen der Community in der Ehrenamtsstrategie des Landes berücksichtigen. Darüber hinaus werden wir landesweit agierende Institutionen weiter fördern.